

Verraucht



Soll das Rauchverbot in NRW verschärft werden oder nicht? Ein Pro und Contra.

Seite 2

Verzockt



Durch ihre Blockade gegen den rot-grünen Haushalt könnte sich die FDP selbst aus dem Landtag katapultieren.

Seite 3

Verfeindet



Zusammen oder gegeneinander: Was machen eigentlich Studierende in einer konstitutionellen Monarchie?

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszone.de

Rücktritt von Ariya Fehrest-Avanloo, Diskussionen im Studierendenparlament

Kampf um den AStA

(mr) Rückzug ist ja bekanntlich die beste Verteidigung. Der durch fragwürdige Äußerungen zu seinen religiösen Auffassungen und der Situation Israels öffentlich kritisierte Ariya Fehrest-Avanloo ist am 12. März von seinem Amt im Studierendenparlament zurückgetreten. Gleichzeitig erklärte er seinen Austritt aus der „Internationalen Liste“ (IL), jener Hochschulgruppe, die bei der Wahl zum Studierendenparlament Anfang des Jahres zusammen mit der Grünen Hochschulgruppe (GHG) angetreten war. Diese Listengemeinschaft wurde von der GHG bereits Anfang März aufgelöst. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hat die derzeit nur noch kommissarische AStA-Vorsitzende Laura Schlegel (GHG) mittlerweile alle AStA-ReferentInnen der IL entlassen. Von den Mitgliedern des Studierendenparlamentes hätten diese Entlassungen bei der Sitzung am vergangenen Freitag bestätigt werden müssen. Die Opposition hatte diesen Punkt aber von der Tagesordnung nehmen lassen.

Nun ist die Internationale Liste (IL) der Forderung der Jusos nach einem Rücktritt von Fehrest-Avanloo nachgekommen. Seinen Platz nimmt nun gemäß der Nachrückordnung Deniz Bulan ein, Mitglied der GHG und Referent des Autonomen Schwulenreferats. Neben dem Rücktritt Fehrest-Avanloos fordern die Jusos außerdem eine „klare Distanzierung der Internationalen Liste von jeglicher Form von Antisemitismus, Antizionismus und Sexismus“ sowie keine „Beteiligung an antiisraelischen Veranstaltungen oder Israel-Boycott Aktionen, geschweige denn eine Finanzierung dieser.“ Außerdem müsse man sich auf einen säkularen AStA einigen. Koalitionsverhandlungen steht also im Prinzip nichts mehr im



Streitobjekt auf dem Campus: Wer bekommt die Macht?

Foto: de

Wege, auch wenn die Vorwürfe gegen die IL weiterhin im Raum stehen und durch die demokratischen Beteuerungen in einer Presseerklärung nur äußerlich entkräftet werden können. Die spezifischen Vorwürfe gegen Fehrest-Avanloos Haltung etwa zu dem radikalislamischen religiösen Führer Seyyed Ali Khamene'i oder den irakischen Milizenchef Muqtada as-Sadr werden weiterhin nicht bewertet, geschweige denn entkräftet. Die Ruhrbarone konnten diese mittels Screenshots der nunmehr nicht mehr zugänglichen Facebook Seiten hinreichend belegen. Von falschen Vorwürfen kann also nicht die Rede sein. Nun hofft die IL wohl, mit dem Ausscheiden Fehrest-Avanloos werden alle Fragen zu den grundlegenden Einstellungen der IL verstummen.

Oppositionslisten versuchen, den „Rest-AStA“ abzulösen

Die Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure (NAWI) gibt in einer Stellungnahme bekannt, die Vorwürfe, dass weitere Mitglieder der IL israelfeindliche Veranstaltungen und Pro-Palästina Ver-

anstaltungen durchführen wollen, seien nicht haltbar. Die Vorwürfe seien durch klärende Gespräche mit VertreterInnen der IL ausgeräumt worden. Den Rest-AStA mit dreizehn verbliebenen Parlamentssitzen wolle man rasch ablösen und zügig wieder zu Koalitionsverhandlungen einladen. Dabei wird keine der zur Wahl angetretenen Listen ausgeschlossen, obgleich die Linke Liste, die GHG und die Liste Schöner Wohnen in Bochum bislang keine Einladungen zu Koalitionsgesprächen erhalten haben. Präferiert werden weiterhin die Jusos und die IL. Da durch den Rücktritt Fehrest-Avanloos eine Mehrheit aus NAWI, Jusos und IL aber nun nicht erreicht werden kann, wäre es nötig, mindestens eine weitere Stimme von einer anderen Liste zu erhalten.

Der Vorstoß der Oppositionslisten, die Ausgaben des AStAs für alle Kosten über 200 Euro, die nicht zu den laufenden Geschäften gehören, einzeln vom Studierendenparlament genehmigen zu lassen, wurde von der AStA Vorsitzenden bei der vergangenen Parlamentssitzung beanstandet. Sie hält den Beschluss für rechtswidrig,

eine Prüfung durch das Rektorat steht noch aus. Aus Kreisen der GHG heißt es dazu, dass in Vorgesprächen mit dem Rektorat deutlich wurde, dass auch das Rektorat begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Beschlusses hat. Praktisch bedeutet dies, dass die Beanstandung der AStA-Vorsitzenden so lange gilt, bis die Entscheidung des Rektorats vorliegt. Der AStA kann aktuell seine kommissarische Arbeit wie gewohnt fortführen. Die NAWI hatte den Vorstoß damit begründet, dass man dadurch die politischen Entscheidungen für Geldvergaben des kommissarischen AStAs auf eine „breite demokratische Basis“ stellen würde. KritikerInnen hatten der Opposition dagegen vorgeworfen, den AStA dadurch quasi handlungsunfähig zu machen. Es liegt nahe, dass die Opposition verhindern will, dass der kommissarische AStA Geld ausgibt, welches sich der neue NAWI-AStA für die eigene Legislaturperiode sichern möchte. Die Umsetzung des Beschlusses würde bedeuten, dass die Oppositionslisten im Parlament zusammen mit dem AStA über alle Ausgaben entscheiden müssten, die einen politischen Hintergrund haben. Darin eingeschlossen wären etwa auch Sommerfeste in Studierendenwohnheimen, die zum Teil aus AStA Geldern finanziert werden. Mancherorts werden bereits Neuwahlen diskutiert, die jedoch nicht auf juristischem, sondern nur auf politischem Weg zu erreichen wären. Die Kosten hierfür würden zwar durch die Studierenden getragen, da diese ja den AStA finanzieren. Bei einem Überschuss von aktuell 278.793,11 Euro wäre dies aber durchaus vertretbar, auch um den WählerInnen zu beweisen, dass man deren Entscheidung ernst nimmt und man sich nicht mit allen Mitteln an die Macht bringen will.

Proteste gegen den Steiger-Award für den türkischen Regierungschef

Zehntausende gegen Erdogan

(Mnd) Nichts geht mehr in Bochum. Die Innenstadt befindet sich im Ausnahmezustand, Polizeihubschrauber ziehen ihre Kreise am Himmel. Zehntausende Menschen sind an diesem Samstag gekommen, sie alle protestieren gegen den türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan. Dieser sollte in der Jahrhunderthalle eigentlich den Steiger-Award in der Kategorie „Europa“ entgegennehmen. Der Preis, eine Erfindung des Medienunternehmers Sascha Hellen, wird zum achten Mal an willkürlich ausgewählte Prominente vergeben. Gegen den geplanten Besuch Erdogans, der allerdings kurzfristig abgesagt hat, haben diverse Organisationen in den letzten Wochen massiv mobil gemacht – mit spektakulärem Erfolg.



Alevitische DemonstrantInnen okkupieren den Platz vor dem Bergbaumuseum.

Foto:Mnd

Die Schätzungen von VeranstalterInnen und Polizei variieren wie üblich, aber auf die Zahl von 25.000 TeilnehmerInnen können sich die meisten einigen. Für die AlevitInnen, die kurz zuvor noch das Ruhrstadion gefüllt haben, ist die geplante Auszeichnung des türkischen Regierungschefs ein Skandal. „Wir Aleviten werden von Erdogans islamistischer AKP-Regierung unterdrückt“, sagt Hüseyin Kizil vom Alevitischen Kulturverein Velbert. Er wirft Erdogan vor, die „Islamisierung“ der Türkei voranzutreiben, er sei ein „Faschist mit demokratischem Schein“. An AlevitInnen verübte Massaker in der Türkei erführen Straffreiheit.

Auch in der türkischen Gesellschaft sei die staatliche Repression allerorten spürbar. Kizil beklagt desweiteren die mangelnde Pressefreiheit, auch die fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau prangert er an. Erdogan führe die Türkei „zurück ins Mittelalter.“ Bei den AlevitInnen hingegen seien Mann und Frau gleich, „Hier sind 25.000 Aleviten aus ganz Europa, zeigen sie mir ein Kopftuch und ich gebe ihnen ein Essen aus!“ verspricht er. Eigentlich wären noch mehr DemonstrantInnen gekommen. „Aber Tayyip hat gestern den Schwanz eingezogen und kommt doch nicht. Er hatte Schiss vor der Demonstration!“

Am Hauptbahnhof formiert sich derweil der mit rund 500 TeilnehmerInnen wesentlich kleinere Protestzug der kurdischen Gruppen. Schwarze Holzsärgen werden aufgebahrt, das wirkt drastischer. Die kommunistische MLKP ist da, PKK-Solidaritätsplakate werden hochgehalten. „Stehen 6.500 politische Gefangene für einen demokratischen Wandel?“, ruft der wütende Redner vom Lautsprecherwagen herab. Auch hier lässt man sich von Erdogans Absage nicht beirren. „Wir protestieren zwar gegen den Besuch Erdogans, aber auch dagegen, dass er überhaupt ein-

geladen wurde!“, sagt Yüksel Koc, Vorsitzender der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland. „Der Steiger Award ist ein politischer Preis, wir halten Erdogans Absage für ein politisches Spiel.“ In der Türkei herrsche „Staatsterror“ gegen KurdInnen. Auch die deutsche Regierung wird kritisiert, „Deutschland finanziert –Türkei bombardiert!“ skandieren die TeilnehmerInnen. Auf halber Strecke dann schließt sich der Demonstrationszug mit dem der ArmenierInnen zusammen. Erdogan hatte vordergründig wegen des Absturzes eines türkischen Militärhubschraubers in Afghanistan abgesagt – daher wird er nun doch nicht ausgezeichnet. Die Vermutung liegt allerdings nahe, dass er aufgrund der angekündigten Proteste kalte Füße bekam. Pikantes Detail: Schon Tage vor dem Absturz tauchte Erdogans Name in der aktuellsten Pressemitteilung auf der Steiger-Website nicht mehr auf – dies könnte zumindest ein Indiz für eine Absprache mit dem Veranstalter sein. Wie auch immer, es ist ein Erfolg, der Bochum eine hässliche Fußnote in der Stadtgeschichte erspart hat. Für den Initiator Sascha Hellen ist dies ein Rückschlag – wurde doch der Glamour-Faktor, auch durch die Absagen vieler geladener Gäste, massiv beschädigt. Neben Erdogan verzichteten auch der wegen Antisemitismus-Vorwürfen umstrittene Autor Henning Mankell, Altkanzler Gerhard Schröder sowie der US-Musiker Lou Reed.

:boinkürze

Hofberichterstattung

(Mnd) Die WAZ ist im Steiger-Fieber. Im Zuge der heftig umstrittenen Preisverleihung hatte die Zeitung offenbar Probleme, sich zwischen kritischem Journalismus und hemmungsloser Hofberichterstattung zu entscheiden. In ihrem Artikel über die „feierliche Gala mit königlichem Glanz“ outet sich Britta Bingmann als Fan der Reichen und Schönen. Begeistert berichtet sie: „Und dann endlich, ist Königin Silvia an der Reihe: Im schlichten royalblauen Kleid mit Perlenkette kommt sie voll faszinierender Anmut auf die Bühne [...] Ihre Rede sei „berührend“ gewesen. Dann erfährt man noch hintergründiges über das Gala-Dinner und über ein privates Handygespräch des Schauspielers Hannes Jaenicke, „Eine Freundin mit einem Ehedrama, furchtbar.“ So, als wäre nichts gewesen. Als hätte die WAZ nicht durchaus auch über die Proteste berichtet, die dem Veranstalter im Vorfeld schlaflose Nächte bereitet haben dürften. Als hätte die WAZ nie eine Online-Abstimmung über die Preisverleihung für Erdogan gestartet, bei der diese praktisch einstimmig für „unerträglich“ befunden wurde. Die Veranstaltung sei dann unberührt von der „ganzen Aufregung“ von staten gegangen, „Man hat ja schließlich nicht oft eine echte Königin zu Gast.“

Internationaler Anti-Rassismus-Tag

(mr) Im Jahre 1966 proklamierte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 21. März zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Grundlage für dieses Datum war das Massaker im Jahre 1960 in Sharpeville, Südafrika. Dort eröffnete die Polizei das Feuer auf TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen die „Paßgesetze“ des Apartheidregimes und tötete so 69 Menschen. Aus diesem Anlass lädt das Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur e.V. am 21. März zwischen 15 Uhr und 18 Uhr auf den Husemannplatz ein. An Informationsständen verschiedener Organisationen und bei den SchülerInnen und LehrerInnen der Erich-Kästner-Gesamtschule können sich interessierte BürgerInnen über die Motive und Folgen von Rassismus informieren.

Neuer Studiausweis

(fik) Ab nächstem Wintersemester wird es einen neuen Studierendenausweis geben. Die Universitätsallianz Metropole Ruhr (UAMR) nimmt immer konkretere Züge an. Die Ruhr-Universität, die TU Dortmund und die Uni Duisburg-Essen wollen verstärkt zusammenarbeiten und bekommen nun einen einheitlichen Studierendenausweis. Damit kann man die Bibliotheksangebote aller drei Universitäten nutzen. Außerdem wird es möglich sein, in den beiden anderen Unis als Zweithörer_in eingeschrieben zu sein, ohne die üblichen Gebühren dafür zu zahlen. Insgesamt studieren an den drei Unis zusammen fast 100.000 Studierende und die UAMR hat Verbindungsbüros in New York, Moskau und Rio de Janeiro/São Paulo. Die UAMR soll auch das Zusammengehörigkeitsgefühl im Ruhrgebiet stärken.

Die Deutschen und die Zwangsarbeit

(mr) Im Industriemuseum Zeche Zollern läuft ab sofort eine Ausstellung zum Thema Zwangsarbeit in Deutschland. Anhand von 60 Fallbeispielen wird versucht, die überaus komplexe Situation der über 20 Millionen Zwangsarbeiter in Nazi-Deutschland greifbar zu machen. Diese gehörten damals zum Alltag, egal ob in Fabriken, dem Straßenbau oder Privathaushalten. Die Wanderausstellung ist nun vorläufig das letzte Mal in Deutschland zu sehen.

Ohne Visum

(fik) Für diese und nächste Woche war geplant, dass tunesische Studierende Bochum besuchen. Im vergangenen Jahr verbrachte eine Delegation der Ruhr-Uni einige Tage in Tunesien. Dort besuchten sie mehrere Unis des Landes und tauschten sich mit Studierenden und Vertreter_innen von Studentenwerken aus. Nun sollten die tunesischen Studis nach Deutschland kommen. Neben Gesprächen mit Fachschaftsräten und dem AstA waren auch Termine im nordrhein-westfälischen Bildungsministerium und im Bundestag vorgesehen. Jedoch wurde den Mitgliedern der tunesischen Delegation ihr Visum verweigert. Ob dies durch Versäumnisse der tunesischen Studierenden oder durch aktive Gegenarbeit der Deutschen Botschaft entstanden ist, ist noch völlig unklar. Der AstA der RUB arbeitet daran, dass der Studierendenaustausch noch in diesem Sommer stattfinden kann.

Pro & Contra: Rauchverbot in Nordrhein-Westfalen

Das „Gesetz zur Verbesserung des Nichtrauchererschutzes“ trat am 1. Januar 2008 in Kraft – ein Rauchverbot mit vielen Ausnahmen. In Gaststätten können Nebenräume, die nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche belegen dürfen, als Raucherzonen eingerichtet werden. Vom allgemeinen Rauchverbot sind zudem Räumlichkeiten von Vereinen ausgenommen, deren ausschließlicher Zweck der gemeinschaftliche Konsum von Tabakwaren ist (Raucher-Clubs), was von vielen Betrieben ausgenutzt wird. NRW-Gesundheitsministerin Babara Steffens von den Grünen versucht, ein uneingeschränktes Rauchverbot in Gaststätten und auf öffentlichen Veranstaltungen durchzusetzen. Der Entwurf ist bereits vom Kabinett gebilligt. Die bsz-Redakteure Karsten Finke und Carsten Marc Pfeffer stellen ihre grundsätzlich unterschiedlichen Ansichten vor. Karsten Finke sitzt für Die Grünen im Bochumer Rat und ist Nichtraucher. Carsten Marc Pfeffer ist Krankenpflegerkraft, Schriftsteller, freier Journalist und Raucher.

Für das Recht auf frische Luft

(fik) Manche Menschen behaupten, rauchen wäre ein Gefühl von Freiheit. Doch wie frei kann man sein, wenn es eine Sucht ist, die nur nach Befriedigung giert? Und wie sehr schränkt man die Freiheit der nicht-rauchenden Mitmenschen ein, sogar ihre Gesundheit, im Extremfall ihr Leben? Rauchverbote schränken deutlich die Freiheit der rauchenden Menschen ein, jedoch vergrößert es die Freiheit der nicht-rauchenden Menschen umso mehr.

Wo beginnt die Freiheit des Menschen und wo endet sie? Dies ist eine der Fragen, die sich im Zuge von Verboten gegen das Rauchen stellt. Das Rauchen von Tabak hat viele negative Auswirkungen auf den Mensch und die Natur. Insgesamt sterben laut den Zahlen der Weltgesundheitsorganisation weltweit etwa 6.000.000 Menschen jedes Jahr an den Folgen des Rauchens. Alleine in Deutschland etwa 130.000, im Vergleich dazu sterben an den Folgen illegaler Drogen circa 1.300 Personen.

Seit der Einführung von – wenn auch eher schwachen – Rauchverboten in Deutschland 2008 sind die Todeszahlen durch das Rauchen deutlich gesunken. Auch die Zahl der Frühgeburten konnte so erheblich gesenkt werden. Interessanterweise hat das Verbot des Rauchens in öffentlichen Gebäude und teilweise in Kneipen auch zu einem geringeren Konsum in den eigenen vier Wänden geführt.

Volkserziehung als Kampfbegriff

Insbesondere das rechte politische Lager wirft den Befürworter_innen von Rauchverboten eine sogenannte Volkserziehung vor. Als würde es darum gehen, Erwachsenen das Rauchen zu verbieten. Es geht um den Schutz von Kindern, von den Menschen, die keinen Zigarettenrauch einatmen wollen, um diejenigen, die von rauchenden Menschen im Straßenverkehr gefährdet werden und darum, dass Fehlgeburten vermindert werden. All dies wiegt doch wohl mehr, als der – durchaus berechtigte – Drogenkonsum einzelner. Das große Problem ist, dass es sehr schwierig ist, Menschen vor dem Passivrauchen zu schützen. In gastronomischen Betrieben ist dies fast unmöglich. Ein wirklich funktionierendes Filtersystem ist kaum auffindbar, geschweige denn finanzierbar. Außerdem spielt der Arbeitsschutz der beschäftigten Menschen eine große Rolle. Wenn Personen unter großem finanziellem Druck stehen, wie sollen sie sich frei dazu entscheiden, einen Job abzulehnen, obwohl dieser die eigene Gesundheit gefährdet? Der Einwand, dass alle Menschen sich ihren Arbeitsplatz frei aussuchen könnten, verkennet jegliche sozialen Gegebenheiten im Kapitalismus. Raucher_innen tragen damit der weiteren Ausbeutung schlecht bezahlter Angestellter in gastronomischen Betrieben bei.

Alle fünf Sekunden stirbt ein Mensch an den Folgen des Rauchens.

Ein weiteres Argument der Gegner_innen von Rauchverboten spielt auf den ökonomischen Schaden von Kneipen und Restaurants an, ohne die Faktenlage zu kennen. In Bayern herrscht das strengste Rauchverbot in ganz Deutschland, seit der Einführung des Verbots sind die Umsätze in gastronomischen Betrieben um 1,5 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Umsätze in NRW –

mit dem laxesten Einschränkungen des Rauchens – um 3,1 Prozent gesunken. In Nordrhein-Westfalen umgeht eine Mehrheit der Betriebe das Rauchverbot durch die Gründung von Raucherclubs. Zum Beispiel sind in Essen von 362 Kneipen nur etwa ein Drittel rauchfrei.

Fahrlässige Tötung?

Jedes Jahr sterben etwa 600.000 Menschen am Passivrauchen. Diese Menschen wurden ganz klar getötet. Denn sie sind nicht gestorben, weil sie selbst ihre Gesundheit geschädigt haben, sondern ihre Leben durch das Verhalten anderer beendet wurde. Raucher_innen tun dies natürlich nicht, um andere Menschen oder sich selbst zu töten, jedoch ist dies unverantwortliches Verhalten, das einer fahrlässigen Tötung oder einer schweren Körperverletzung mit Todesfolge sehr



Kippe am Tresen: Körperverletzung oder Sozialverträglichkeit?

Foto: CMP

nahe kommt. Wenn ein Mensch einem anderen ins Gesicht schlägt, wird dieser vom Gesetz bestraft, tötet dieser Mensch aber andere dadurch, dass er raucht, hat er nichts zu befürchten. Ich fordere jetzt nicht, Raucher_innen ins Gefängnis zu werfen. Aber es geht um eine Verhältnismäßigkeit, die durch die Tabakindustrie seit Jahrzehnten verhindert wird und deren Erfüllungsgehilfen – den Raucher_innen – bekämpft wird.

Für eine vernunftgelenkte Drogenpolitik

Mir geht es um einen vernünftigen Umgang mit Drogen. Alle Drogen sollten grundsätzlich erlaubt sein und gleiches auch gleich behandelt werden. Alle Arten von Drogen sollten in Drogenfachgeschäften erworben werden können, einschließlich einer medizinischen und psychologischen Beratung. Wenn eine Person Kokain nehmen will, soll sie es tun. Wenn jemand Alkohol trinken will, soll auch das kein Problem sein, auch an öffentlichen Plätzen. Die Eigenart des Rauchens ist, dass man nicht nur sich selbst, sondern auch andere massiv schädigt. Deswegen sollte weder in der Schwangerschaft, noch in Restaurants, noch in Anwesenheit von Kindern oder im Auto geraucht werden dürfen.

Ich entscheide mich deshalb für die größere Freiheit der Nichtraucher_innen, auch unter der Maßgabe, die Freiheit der Raucher_innen dafür einschränken zu müssen.

Die unzeitgemäße Zigarette und warum wir sie brauchen

(CMP) Der Sargnagel schmeckt nach Teer und mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit kostet er das Leben. RaucherInnen sind in die Defensive geraten. Galt es einst als mondäne Gepflogenheit, sich Eine anzustecken, sehen sich RaucherInnen heutzutage Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt. Schuld daran ist eine öffentliche Debatte, die, zum Wohle der Gesundheit, das gesellschaftliche Klima vergiftet hat.

Ein Rockkonzert in Bochum. Rauchen ist verboten, aber will man sich wirklich daran halten, wenn die Boxen dröhnen, das Bierchen schmeckt und weit

Regelung „Raucher-Club“ reicht den Verantwortlichen nicht mehr. Dabei hat sich doch Einiges getan. Und die neuen Statistiken (siehe links) sollten mehr als einmal hinterfragt werden. Denn natürlich ist die Kneipenkultur Bayerns nicht mit der hiesigen vergleichbar. Zudem ergibt die Anschauung der gegenwärtigen Situation ein ganz anderes Bild.

Reservat für Rauch

Werden wir also konkret und fokussieren unseren Blick auf das Bochumer Bermudadreieck. Hier, wo sich einst Szenekneipe an Szenekneipe reihte, ist das Rauchverbot weitflächig umgesetzt worden. Es gibt nur noch eine Hand voll Kneipen, in denen noch geraucht werden darf, da diese einen Raucher-Club gegründet oder eben einen klar getrennten RaucherInnenraum ausgewiesen haben. Zählt man diese Kneipen zusammen, kommt man auf fünf bis sechs. Nicht gerade viel, sofern man die hohe Kneipendichte im Bermudadreieck bedenkt. Diese Kneipen, wie etwa der Intershop oder der Freibeuter, sind ausgewiesene Szenekneipen, in denen die Zigarette zum Bier gehört, wie die Bundesliga zum Samstagmittag. Wer sich daran stört, muss diese Kneipen nicht betreten, denn Alternativen gibt es nach der Umsetzung des Rauchverbots mehr als genug. Aus dem gleichen Grund wird auch niemand gezwungen, in einer Raucherkneipe arbeiten zu müssen, denn auch hier gibt es Alternativen genug. Warum also wird nun auf dem letzten Refugium des Hedonismus herumhackt? Aus Prinzip und Machtwahn. Schlechte Voraussetzungen für ein konstruktives Miteinander.

Sonderbare Relationen

Nun war es der SPD-Unterbezirk Dortmund, der ein Einsehen hatte, und sich dafür aussprach, dass es, unter den gegebenen Voraussetzungen, auch in der Zukunft Kneipen und Lokale geben kann, in denen geraucht werden darf. „Die Kneipenszene des Ruhrgebiets ist ein kulturelles Gut, das erhaltenswert ist. Rauchen ist gesundheitsgefährdend, daran besteht kein Zweifel. Aber auch Alkoholgenuß und Übergewicht gefährden die Gesundheit“, heißt es in der Erklärung. Und ferner: „Ziel unserer Politik darf es nicht sein, hier mit Verboten, finanziellen Sanktionen und Ausgrenzung zu reagieren. Staatliches Handeln darf sich nicht zum Ziel setzen, erwachsene Menschen in all ihren Entscheidungen zu gängeln und zu bevormunden. Sofern sie andere Personen nicht beeinträchtigen, müssen die Betroffenen selbst entscheiden können, wie sie sich verhalten.“

Endlich bringt mal jemand die Sozialverträglichkeit ins Spiel. Denn es ist schon erstaunlich, wie sehr sich die BefürworterInnen eines absoluten Rauchverbotes um die Gesundheit der Menschen sorgen und gleichsam einen Schritt in Richtung Autorität wagen. Denn neben Arbeitslosigkeit und verödenen Stadtvierteln, wäre im Falle eines absoluten Rauchverbotes auch der Schaden für die Demokratie nicht von der Hand zu weisen. Sonderbare Relationen.

und breit keine Security zu sehen ist? Besser wäre es, das Verbot zu respektieren, denn der Feind lauert überall. Kaum brennt der Glimmstängel, da kommt es schon zum Protest unter einigen KonzertbesucherInnen. Auch Handgreiflichkeiten sind keine Seltenheit mehr. Schließlich intendiere das erzwungene Passivrauchen ja irgendwie einen Mordversuch, so die KritikerInnen. Was ist dagegen schon ein kleiner Faustschlag, versetzt mit den besten Absichten? – Richtig, Körperverletzung.

Selten wurde eine Debatte so hysterisch geführt, wie die um das öffentliche Rauchverbot. Und selten sind die KritikerInnen so weit übers Ziel hinausgeschossen. Natürlich macht es Sinn, an bestimmten Orten Rauchverbote auszusprechen, doch spätestens seitdem im New Yorker Central Park nicht mehr gequalmt werden darf, wurde auch dem letzten schuldbewussten Raucher klar, dass es gar nicht mehr um seine Gesundheit ging, sondern um die Intoleranz und den Regulierungswahn eines neuen Spießertums. So auch in Nordrhein-Westfalen.

Hedonismus war gestern

Nachdem in fast allen Gaststätten und Kneipen das Rauchen untersagt worden ist, möchten die Verantwortlichen gerne nochmals nachregulieren, um etwaige Grauzonen und rechtliche Unklarheiten zu beseitigen. Die

Der nordrhein-westfälische Landtag hat sich aufgelöst

Eine kleine Bundestagswahl

(fik) Das Experiment ist vorbei. Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW will sich nach ihrem gescheiterten Haushalt dem Wähler_innenvotum stellen. Am 13. Mai wählen nun die circa 14 Millionen Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Die NRW-Wahl gilt als kleine Bundestagswahl und könnte einiges über die Verhältnisse im Bund 2013 aussagen.

In den vergangenen zwei Jahren hat die rot-grüne Landesregierung mit einer Stimme zu wenig im Landtag regiert. Für alle Gesetzesvorhaben oder den Haushalt benötigte Rot-Grün eine Stimme aus der Opposition oder zumindest die Enthaltung einzelner Abgeordneter. Die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat mit wechselnden Mehrheiten regiert und aus der Not eine Tugend gemacht. Das Verhältnis zwischen allen Fraktionen wirkte sehr kollegial und offen. Je nach Themengebiet arbeitete Rot-Grün mit einer anderen Fraktion zusammen. Mit der Linken schaffte Rot-Grün die Studiengebühren ab, mit der CDU beschloss die Minderheitsregierung ein Schulgesetz und selbst die FDP stimmte gelegentlich zu.

Das liebe Geld

Wie so häufig ging es auch in diesem Fall ums Geld. Der Nachtragshaushalt 2010 wurde bereits vom Landesverfassungsgericht gestoppt. Obwohl kein einziger Euro von Rot-Grün ausgegeben wurde, gingen CDU und FDP auf die Barrikaden gegen ihren eigenen Haushalt. Beim Haushalt 2011 stimmte die Linke zu, obwohl sie sich eigentlich enthalten wollte. Auch für den Haushalt 2012 stand die Landesregierung in intensiven Gesprächen mit Linken und FDP. Eine



Der Weg nach Berlin führt über den Rhein: der nordrhein-westfälische Landtag.

Foto: Bernd Schälte

der beiden Fraktionen wollte sich enthalten, um den Haushalt passieren zu lassen. Jedoch durchkreuzte die Landtagsverwaltung den Plan. Normalerweise hat ein Haushalt ein Dreileitungsverfahren: In der ersten Lesung wird über Grundsätzliches gesprochen, in der zweiten Lesung über jedes einzelne Ressort abgestimmt und in der dritten über den ganzen Haushalt. FDP oder Linke wollten sich in der dritten Lesung enthalten, jedoch entschied die Landtagsverwaltung, dass auch in der zweiten Lesung alle Ressorts eine Mehrheit benötigen. Obwohl weder Linke noch FDP eigene Anträge zum Haushalt eingereicht hatten, stimmten sie – zusammen mit der CDU – gegen den Einzelplan des Innenressorts. Damit wurde dieser abgelehnt. Nach einer kurzen Pause stimmte der Landtag NRW einstimmig seiner Auflösung zu.

Für die Freidemokrat_innen könnte die Ablehnung des rot-grünen

Haushalts schwerwiegende Folgen haben. Obwohl der ehemalige FDP-Generalsekretär Christian Lindner wie Phönix aus der Asche zum neuen Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden ausgerufen wurde, dürfte die FDP deutlich an der Fünfprozenthürde scheitern. Das Aus der Freidemokraten im größten Bundesland könnte auch bundespolitische Folgen haben. Ob Philipp Rösler dann noch als Bundesvorsitzender und Vizekanzler zu halten sein wird, ist mehr als fraglich. Dann dürfte die FDP vor dem endgültigen Chaos stehen. Auch für die Linke wird es eng werden; der als besonders chaotisch geltende Landesverband hat sich in den letzten Monaten stabilisiert und sehr konstruktiv mit der Landesregierung zusammengearbeitet. Laut Umfragen könnte die Linke ebenfalls an der Fünfprozenthürde scheitern. Jetzt dürfte wieder die Diskussion beginnen, ob sich die Linke auf reine Oppositions-

politik konzentrieren soll. Vorsorglich hat die Linke bereits ein rot-rot-grünes Bündnis ausgeschlossen. Anders sieht es für die nordrhein-westfälischen Piraten aus. Laut Umfragen können sie auf den Einzug in Deutschlands größtes Landesparlament hoffen. Der Landesverband der Piraten zählt mittlerweile über 3.500 Mitglieder und ihre Kampagnenfähigkeit dürfte recht gut sein. Die einzige Frage, die sich die Piraten stellen, ist, ob die Wahl nicht zu früh kommt. Ein Landtagswahlprogramm dürfte wohl noch für einige Kontroversen sorgen und auch die Listenaufstellung könnte Überraschungen hervorbringen. Die politische Richtung ist immer noch nicht deutlich. Um die aussichtsreichen Listenplätze streiten sich nicht nur netzaffine Menschen, sondern auch Ex-Grüne, Ex-Linke, Ex-FDPlern_innen, radikale Evangelikale, Scientolog_innen und (Ex-)Rechte.

Rot-grüne Mehrheit

Es ist sehr wahrscheinlich, dass SPD und Grüne zusammen eine deutliche Mehrheit erringen werden. Beide Parteien haben bereits angekündigt, dass sie ihre Koalition fortsetzen wollen. Der CDU-Landesvorsitzende und Bundesumweltminister Norbert Röttgen buhlt derzeit um Grüne und SPD. Jedoch muss auch ihm klar sein, dass die CDU wahrscheinlich in der Opposition landen wird. Sollte Röttgen nicht Ministerpräsident werden, wird er wohl lieber in Berlin bleiben; konkreten Fragen dazu wich er bislang aus. Das werden ihm die Wähler_innen bestimmt übel nehmen. Ob die Landtagswahl auch ein Barometer für die Bundestagswahl 2013 sein wird, wird die Analyst_innen nach dem 13. Mai sehr beschäftigen.

Gisbert zu Knyphausen entzaubert sich selbst

Hurra! Hurra! – So bitte nicht

(CMP) Zugegeben: Er ist ein ganz Großer. Der deutschsprachige Liedermacher Gisbert zu Knyphausen gilt vielen Fans als Erlöser aus der andauernden Misere des belanglosen Party-Liedermachertums. Leider hält seine Live-Performance mit der Erwartungshaltung des Publikums nicht mit.

Die Spannung hätte nicht größer sein können. Seit Tagen war das Konzert im Bahnhof Langendreer ausverkauft. In der Halle kein Durchkommen mehr. Dicht an dicht drängte sich ein junges Publikum Richtung Bühne. Glücklicherweise ergatterten einige der begehrten Rangplätze ergatterten konnte. Liedermacher laufen im Bahnhof immer gut. Unvergessen sind die Gigs von Tom Liwa und Götz Widmann. Aber wer hätte gedacht, dass ein deutschsprachiger Singer-Songwriter in diesen Tagen so einen Hype auslösen könnte? Und das, jenseits der abgegriffenen Zuordnungsmuster und Politparolen. Bereits sein Debüt hatte alles, was das urbane Songwriting ausmacht: die melancholische Aufmunterung und eine Einfachheit, die sich zuweilen in komplexen Strukturen verliert. Große Geschichten samt kleiner Geste dargereicht entlang subtiler Assoziationsketten von Sven Regener bis Westernhagen-Camp. Schnell chargierte er unter den KritikerInnen auf den ersten Rängen. Dass es dazu nicht die Hilfe der bösen Musikindustrie bedurfte, machte den jungen Mann umso sympathischer.

Schluss mit lustig

Ja, sie hatten auf einen wie Gisbert gewartet. Distelmeyer hatte den Major-Verrat begangen und Liwa war im Laufe der Jahre in sonderbar esoterische Sphären verrückt, der Rest war ausschließlich partyorientiert und schrieb über das Saufen und Ficken. Nicht, dass Knyphausen solche Themen meiden würde, aber wenn er über das

Saufen singt (z.B. „so seltsam durch die Nacht“), dann auf eine so wunderschönen Weise, dass man weinen und nicht saufen möchte. Niemand braucht noch einen weiteren Protestsong gegen das Cannabis-Verbot. Und der expressive Libertär wirkt nach dem Niedergang des Spießertums so überflüssig wie der aufkommende Bionaden-Biedermeier. Knyphausen ist da anders. Unentschiedener, verzweifelter, ehrlich. Kein anderer versteht gegenwärtig so ausgezeichnet, die Spannungen der alltäglichen Widersprüche in Szene zu setzen wie er. Knyphausen hätte das Zeug dazu, eine ganze Generation zu inspirieren, wenn es denn so etwas wie Generationen noch geben würde.

So viel zu den Vorschusslorbeeren, um die Erwartungshaltung des Publikums an diesem Abend zu beleuchten. Was sich aus dieser Fallhöhe im Laufe des Abends entwickelte, kann nicht anders als mit dem Wort Katastrophe beschrieben werden.

Unspektakulär spektakulär

Das Drama begann schon mit dem Tour-support Steffen von Staring Girl. Denn der talentierte Musiker klang so sehr nach Knyphausen, dass einige BesucherInnen der Ansicht waren, Knyphausen selbst würde bereits auf der Bühne stehen und ein großes Repertoire unbekannter Lieder zum Besten geben. (So Affirmationsfallen sind natürlich absolut liebenswert, wenn auch bescheuert.) Ein bisschen mehr Kontrast im Support hätte der Dramaturgie gut getan, aber vielleicht ist das auch zu streng gedacht. Denn als Knyphausen samt Band die Bühne betrat, war die Begeisterung natürlich groß. Das Publikum war außer sich, und wie sympathisch wirkte es da, dass Knyphausen sich von all der Euphorie nicht anstecken ließ, sondern bescheiden und verlegen grüßte und so dezent wie möglich den ersten Song



Mit zugekniffenen Augen: Gisbert zu Knyphausen.

Foto: CMP

begann. Der Clou war klar: Einmal mehr wollte man auf unspektakuläre Weise spektakulär wirken. Leider geriet dadurch die Performance auf Schlingerkurs. Die meisten Gesangspassagen waren kraftlos und ungenau. Doch richtig schlimm wurde es, als Knyphausen versuchte dagegenzusteuern und nun die gefühlvollsten Zeilen herauspresste, als handele es sich um ein Deutschpunk-Konzert. Da half auch der Musik-ist-scheiße-Aufkleber an Knyphausens Gitarre nicht weiter. Neben mangelnder Mikrophondisziplin verschleppte die

Band fast jeden Song. Eigentlich war sie erst zu den Zugaben eingespielt. Und so wohnte das Publikum einer mäßigen Kellerprobe bei, über die jedes weitere Wort zu viel wäre. Dennoch sah man wenig enttäuschte Gesichter. Man wollte den neuen Helden feiern, und man tat es, ganz egal, was dieser dazu beitrug. Klar, das geht ein paar Mal gut. Doch sollte das Niveau so unterirdisch bleiben, dürfte Knyphausen wohl bald Geschichte sein. Und das wäre wirklich schade. Man hatte sich gerade erst so schön liebgewonnen.

bsztermine

Mittwoch, 21. März

Warnstreiks

Nachdem Ver.di das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt hat, ruft die Gewerkschaft für Mittwoch wieder zu Warnstreiks auf. Das heißt, der Personennahverkehr wird im Ruhrgebiet für den Tag erneut stillstehen. Darüber hinaus sind städtische Kitas, Müllabfuhr, Sparkassen, kommunale Krankenhäuser und Altenheime betroffen.

Tom Liwa & Gregor McEwan

Der Liedermacher Tom Liwa, Begründer der legendären Band Flowerpornoes, bringt sein neuestes Soloalbum „Goldrausch“ auf die Bühne. Dazu kommt der Hagener Gregor McEwan. Auf „Houses and Homes“ singt McEwan auf Englisch über die ganz großen Themen: Die Liebe, das Leben, das Zuhause.

19.30 Uhr
Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108, Bochum
VVK 11 Euro, AK 14 Euro

Donnerstag, 22. März

Buchvorstellung: „Antifa – Geschichte und Organisation“

In fast jeder Klein- und Großstadt existieren Antifa-Gruppen, viele Jugendliche finden über die Jugendantifa zu linksradikaler Politik und immer wieder machen militante Aktionen gegen Nazis und ihre Aufmärsche von sich reden. Der Soziologe Moritz Krawinkel will darüber diskutieren. Gegenstand sind die Entwicklungen und Brüche in Theorie, Organisation und Praxis jenes Verständnisses von Antifaschismus, das Ende der 1980er Jahre in der Formel des „revolutionären Antifaschismus“ auf den Punkt gebracht wurde und bis heute in zahlreichen Antifa-Gruppen bundesweit in weiterentwickelter Form Ausdruck findet.

19.30 Uhr
Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108, Bochum
Eintritt frei

Hans Söllner

Reggae aus Bayern! Das System von unten aufrollen, das ist Söllners „Sissdem“: Einem kontrollsüchtigen Staat hält er den Spiegel vor, zeigt dessen Unmenschlichkeit und entlarvt seine Tricks und Lügen. Er lässt nicht locker, gibt nicht nach.

19.30 Uhr
FZW
Ritterstraße 20, Dortmund
20 Euro VVK

Freitag, 23. März

Transistor

Transistor ist ein monatliches offenes Queer-Café im Trotz Allem. Transistor steht gegen die kulturellen Normen von Homophobie und Sexismus, gegen Antifeminismus und gegen Geschlechterrollen im Allgemeinen. Diesmal gibt es einen Vortrag von Rudolf Mühlend: „Konstrukt der Geschlechterrolle im Kapitalismus“. Wer möchte, kann SNES über Projektoren spielen oder bei der Vokü kostengünstiges veganes Essen genießen.

19.00 Uhr
Trotz Allem
Augustastraße 58, Witten
Eintritt frei

Samstag, 24. März

End of Green

Kein Bock mehr auf gute Laune? Lieber dunkelbunt anziehen und die Welt hassen? Hier ein Wikipedia-Zitat zur Stuttgarter Combo End of Green: „Ihren Stil bezeichnet die Band als Depressed Subcore. Textlich geht es um Einsamkeit, Depressionen, Schmerz und den Tod.“ Na dann, hin!

19.00 Uhr
Matrix
Hauptstraße 200, Bochum
16 Euro VVK

Leben unter Allah, Vaterland & König

Schwules Blut

(Chs) Silbern glänzt das Metall der Axt vom Widerschein der Straßenbeleuchtung. Die meisten halten Schlagstöcke in der Hand oder gestikulieren mit Eisenrohren herum. Draußen wirft bereits das Dunkel der Nacht seine Schatten voraus. Die Uhr zeigt halb elf. Nur blass beleuchten die roten und gelben Lichter, dass sich die verummten jungen Männer an den Häusercken in Gruppen zusammenfinden. Fast alle sind bewaffnet, haben sich Tücher um die Gesichter gebunden oder Mützen aufgesetzt und ziehen wischendurch skandierend durch die Wohnblocks. AnwohnerInnen schauen aus dem Fenster. Einige gehen auf ihren Balkon, um zu sehen, was sich da unten auf der Straße tut. Die Luft riecht noch immer nach den Abgasen des Tages und nach staubig-trockener Erde. Langsam weicht die schwere Wärme dieses Montags. Gleich wird im Wohnblock Ibn Zohr in Agadir die Kühle der Nacht Einzug halten. Denn in dieser Märznacht ziehen die Studenten in Marokko wieder einmal gegen ihre eigenen Kommilitonen auf die Straße. Nicht, um zu diskutieren, sondern um aufeinander loszugehen.



Im identitären Windschatten der riesigen Berinschrift: Aktivisten an der Universität Ibn Zohr erklären ihre politischen Ziele.



Fotos: Chs

Es fällt schwer, zu verstehen, was gerade in diesem Wohnblock in Agadir passiert. Unbeholfen suchen wir nach möglichen Gründen für diese Ausnahmesituation. In den Nachrichtensendungen wechseln sich die Meldungen über den Amoklauf eines US-Militärs in Afghanistan ab mit Bildern aus Syrien, Libyen und Gaza. Währenddessen laute Stimmen im Flur. Als ich die Tür öffne, sehe ich, wie Verummte und Bewaffnete in Zehnergruppen die Treppen zu unserem Wohnhaus hochsteigen. Wir hören ihre Schritte in der Wohnung über uns und entscheiden, die deutsche Botschaft anzurufen, um uns nach möglichen politischen Ursachen zu erkundigen. Vereinzelt brechen nun über unseren Köpfen Diskussionen los. Der Ton ist aggressiv. Vor dem Haus bezieht unter der Aufsicht der Verummten ein weißer Lieferwagen Stellung. Er wird mit den Hintertüren nah an den Hauseingang geparkt. Wir löschen das Licht in der Wohnung und notieren das Kennzeichen. Im Viertel wird es zuneh-

mend unruhig. Weiterhelfen kann uns bei der Botschaft niemand. Die Dame am Telefon sagt: „Das ist absolut ungewöhnlich. Rufen Sie sofort die Polizei vor Ort an.“

Von Berber-Pride bis Konkurrenz

Später erfahren wir von Freunden, die in Agadir leben: Hauptgrund für die Unruhen, bei denen auch schon Menschen ums Leben kamen, ist nicht nur die extreme Arbeitslosigkeit unter den jungen AbsolventInnen. 2011 lag sie bei 8,7 Prozent. In Marokko beträgt das Durchschnittsalter zudem 26,9 Jahre. Das heißt, nicht nur die berufliche Konkurrenz ist groß. Hier im Quartier Ibn Zohr leben hauptsächlich Studierende, vor allem Berber, Saharai und Araber, die wegen ethnischer Konflikte regelmäßig aneinander geraten. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung: Die eigene Identität. Etwa 80 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Berber, davon sind knapp 60 Prozent arabisierte Berber. Einige von ihnen haben sich der so genannten Berber-Pride-Bewegung angeschlossen. Der Rest ist arabischstämmig. Der Islam ist Staatsreligion. Fast alle Gläubige hier sind sunnitische Muslime.

Attac, Trotzki und die Frauen

In der Ferne leuchtet auf Arabisch die Inschrift „Allah, Vaterland und König“ auf dem weithin sichtbaren Berg, der das

Panorama der Stadt prägt. Ein paar Kilometer weit entfernt vom Wohnblock liegt die Universität der 700.000-Einwohner Stadt Agadir. Die Hochschule trägt ebenfalls den Namen Ibn Zohr. Nur wenige Tage zuvor haben wir Studierende kennengelernt, die den „Les Étudiants Revolutionnaires“ und den Aktivisten von „almounadil-a.info“ nahe stehen. Die Mitglieder der Gruppe beschreiben sich selbst als „militantes“ und erhalten unter anderem von einem belgischen Attac-Mitglied strategische Unterstützung bei ihrer politischen Arbeit. Zuletzt haben sie Vorträge und Informationsveranstaltungen anlässlich des Weltfrauentags am 8. März organisiert. Sie engagieren sich mit öffentlichen Diskussionen auf dem Campus und Infoständen gegen Chauvinismus, Sexismus und Gewalt gegen Frauen. Gleichstellungsfragen und Geschlechterrollen werden diskutiert. Sie lesen Marx, bezeichnen sich selbst als anti-kapitalistische und anti-imperialistische Trotzisten. Einige von ihnen setzen sich, trotz mutmaßlicher Widersprüchlichkeit, für demokratischere Strukturen ein. Vor allem der „Arabische Frühling“ und die Revolutionen in Ländern wie Tunesien und Libyen gehören zu den aktuellen Themen, die so manches Gemüt erhitzen. Wie die Revolutionen zu beurteilen sind, wird noch immer breit und heftig von den Studierenden diskutiert.

Schnell wird klar: Obwohl die Politik an den Hochschulen tendenziell reflektiert betrieben wird, so ist sie doch radikaler. Die ideologischen Streitlinien ziehen sich dabei quer durch die marokkanische Gesellschaft. Die Mehrheit der Studierenden ist an politischen Themen nicht interessiert und meidet das Feld der Hochschulpolitik aktiv. Ein Kern militanter Studierender, vorrangig bestehend aus Islamisten und Linken, setzt sich jedoch für mehr politische Aktivität ein. Rachid Filali, der provinzielle Gouverneur von Agadir sagte im März, er nehme an, dass von nahezu 30.000 Studierende der Ibn Zohr Universität nicht mehr als 800 für Gewalt und Demonstrationen verantwortlich seien. Im Zuge dessen kündigte er eine Nulltoleranzpolitik gegenüber den studentischen Protesten an und begann in der Folge damit, Überwachungskameras an Universitäten installieren zu lassen.

Nach wie vor ist der Status der Westsahara umstritten. An den Hochschulen des Landes studieren insgesamt zwischen 4000 und 6000 Saharai. Menschen also, die aus dem umstrittenen Saharagebiet stammen. Hassana Abba, verantwortlich für die Organisation der Studierenden, berichtet, dass von ihnen etwa 900 in Marrakesch, fünf in Fez, zwölf in Tetouan, nahezu 25 in Tanger und zwischen 2000 und 3000 in Agadir studieren. Im Mai 2005 wurden einige Saharai bei gewalttätigen Auseinandersetzungen an der Universität Mohammed V in Rabat festgenommen nachdem sie an einer Pro-Polissario Demonstration teilgenommen hatten. Plötzlich wird auch die internationale Presse aufmerksam. Kurz darauf sterben in Agadir zwei Studenten bei einer Auseinandersetzung mit einem Busfahrer. Ein weiter liegt noch immer im Koma.

Um die Präsenz der Saharai in der Hauptstadt zu reduzieren, begann die marokkanische Regierung, sie an die Universitäten im Süden Marokkos zu verteilen, insbesondere nach Agadir und Marrakesch. Im Landesvergleich studieren die meisten Berber in Agadir. Mit ihrem ethnisch basierten Ruf nach mehr Rechten sind studentische Aktivisten Gegenspieler der Saharai. Das heizt die Situation zusätzlich an. Die Studierenden, die hier die Uni besuchen, wachsen allesamt in der konstitutionellen Monarchie von König Mohammed VI. auf. Sein Vater Hassan II. war zuvor verantwortlich für ein umstrittenes, autoritäres Regime. Auch, wenn Mohammed VI. In gewissen Bereichen einen Kurswechsel bewegen konnte, die Lebenswelt der Studierenden in Marokko kennt trotz Bildung noch immer mehr Gewalt als wirklichen Wandel.

(Mnd) Schwule dürfen kein Blut spenden. Hat irgendwas mit 'ner „erhöhten Risikogruppe“ zu tun. Auf deutsch heißt das, dass schwule Männer öfter AIDS haben, deshalb will man lieber auf Nummer sicher gehen. „Werden die denn nicht vorher getestet?“ könnte man sich da fragen. Klar werden sie. Das heißt, werden sie nicht, denn sie dürfen sich ja gar nicht erst anstechen lassen. Dabei ist die Argumentation durchaus interessant: Wenn ein Schwuler oder Bi-Mann auch nur ein einziges Mal Sex mit oder ohne Lümmeltüte macht, darf er nicht spenden. Wenn sich aber ein Hetero-Mann ungeschützt durch die Reeperbahn vögelt, darf er danach Ader lassen, bis der Arzt kommt. Für Lesben wiederum gibt es keine Beschränkungen. Frau sollte sich allerdings davor hüten, mit einem Bi-Mann zu kopulieren: Risikogruppe, und daher ausgeschlossen. Kapiert? Ich auch nicht. Interessant ist auf jeden Fall, WIE man Schwule zum Outing zwingen will – man fragt sie einfach. Da steht dann „Sind sie schwul?“ oder sowas Ähnliches auf dem Zettel. Erinnert ein bisschen an diese knuddeligen Terroristen-Tests bei der Einreise nach Amiland. „Haben sie vor, in den USA einen terroristischen Anschlag zu begehen?“ Das sollte reichen. Jetzt kann ich als Homo natürlich einfach beschießen und sagen, nee, ich bin 'ne Hete. Klappt natürlich, kann ja kein Mensch überprüfen. Na gut, außer man stalkt das Facebook-Profil oder so was. Oder aber, man bedient sich bei den Tschechen. Die hatten da vor ein paar Jahren nämlich mal so einen Verdacht: Wenn jemand Asyl bei uns beantragt, weil er in seinem Land als Homosexueller verfolgt wird, könnte es doch sein, dass dieser Jemand in Wahrheit heterosexuell ist. Asylbetrug!!! Die Lösung für dieses Problem ist so pragmatisch wie kreativ: Man zeigt dem Antragsteller höchststoffig einen Hetero-Porno und misst dabei den Blutstrom in seinem Penis. Eine todsichere Sache! Wenn er wirklich schwul ist, dürfte ihn das kaum tangieren. Oder? Diese Logik macht mir Angst. Ich gebe zu, ich habe mir schon mal ein Schmuttel-filmchen angesehen, in dem lesbischer Sex dargestellt wird. Und ich fand's gut. Was aber sagt das nun über mich aus? Bin ich jetzt lesbisch? Oder sind die Lesben im Film plötzlich hetero, weil Heteros das gerne gucken? Und was ist eigentlich mit den Terroristen? Dürfen die Blut spenden? In Deutschland wahrscheinlich ja, solange sie sich aufs Anschlag-machen konzentrieren und die Finger voneinander lassen. Neben der tschechischen Lösung könnte man auch über den American Way nachdenken. Bis vor kurzem gab es in der US-Armee nämlich keine Schwulen. So wie es die Zeitung in der Hand nicht gibt, wenn man die Augen zumacht. Wenn nämlich keiner fragt, ob jemand homosexuell ist, und auch niemand sagt, dass er es ist, werden die Homos durchsichtig. Gerade sitzen sie noch vor dir und „Plopp!“ Problem gelöst. Das heißt dann: „Don't ask, don't tell“. Als die Amis den beträchtlichen Anteil an Schwachsinn in der Regelung erkannten, wurden plötzlich auch die Homos wieder sichtbar. War besser für's Land, denn die ganzen schwulen Terroristen, die den Behörden zwar ihre Orientierung offenbart, die Terrorpläne aber verschwiegen haben, konnten ungehindert einreisen. Ein Vorschlag zur Prävention: Wir setzen ab sofort jeden einreisenden Mann vor ein islamistisches Bekennervideo. Dann messen wir über Sensoren an seinem Penis den Blutstrom – wenn er reagiert, darf er nicht rein. Das hätte übrigens einen netten Nebeneffekt: Wegen der verringerten Terrorfrequenz benötigen wir nicht so viele Blutkonserven. Damit hätten wir eine bessere Ausrede parat, um schwules Blut von unserem Volkskörper fernzuhalten.

-Anzeige-

AKAFO

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum

vom 26.03. bis 30.03.2012

Das AKAFO im Web z.o.: Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	Chili con carne Salat (R) Gemüselasagne dazu ein Salat (V)	Bauernpfanne mit Schweinefleisch und Salat (S) Mediterraner Gnocchi-auflauf mit einem Salat (V)	Käse Hackfleischintopf dazu Baguette (R) vegetarischer Makaroniaufbau dazu ein Salat (V)	Schupfnudel Gemüsepfanne mit Hähnchen und Salat (G) Nudeleintopf mit Vegetarischen Klößen oder ein Brötchen (V)	Thai Nudelpfanne mit Schweinefleisch und Salat (S) Quarkkeulchen mit fruchtigem Milchreis (V)
Komponentessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	Hähnchenschnitzel mit Pfefferhollandaise (G) Bami Medaillon mit Mangodip (V)	Rinderhacksteak mit Tsatsiki (R) Kartoffeltasche mit Kräuterfrischkäse und Sahnesauce (V)	Hähnchen Döner mit Ajoli Dipp (G) Zucchini gefüllt mit Gemüse dazu mediterrane Tomatensauce (V)	Pangasiusfilet mit Chili-Limonensauce (F) Kohlrabi-Käse-Röstling mit Remouladensauce (V)	Schashlikgulasch (R) Holsteiner Vollkorn Röstling mit Pilzsauce (V)
Aktionen 3,30-6,50	Schweinefleischspieß mit Paprikatopping, Kartoffelgratin und Salat (S)	Putensteak mit Tomate und Mozzarella an Kräutern dazu Basmatireis und Salat (G)	Mahi Mahi mit frischem Wok-Gemüse, Bandnudeln und Mangodip (F)	Nürnberger Rostbratwurst auf Sauerkraut mit Bratkartoffeln (S)	Mexikanische Hähnchen-Innenfilets mit Kartoffelspiralen und Salat (G)
Beilagen 0,60-0,70 €	Butterreis Eiernudeln Erbsen natur Chinagemüse	Vollkorn-Spiralen Kartoffelecken Rüben Gemüse Blumenkohl	Tomatiger Vollkorn Reis Bio Salzkartoffeln Romanesco Röschen Vichy Möhren	Kartoffelpüree Bunte Nudeln grüne Bohnen Buntes Gemüse Ragout	Penne Nudeln Vollkorn Reis Kaisergemüse Mediterranes Gemüse
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	Pfefferpotthast Salzkartoffeln Mischgemüse (R) Mac and Cheese mit Krautsalat (R)	Schweinenackensteak mit Schmorzwiebeln Bratkartoffeln Broccoligemüse (S) Smokey Mountain Chicken mit Steakhouse Fries und Salat (G)	Bratwurst Bayrisch Kraut Kartoffelpüree (S) Jambalaya mit Hühnerfleisch und Eisbergsalat (G)	Putenbraten unter Honig-Chili Kruste mit Paprika-Sprossen Gemüse und Pennenudeln (G) Spareribs „Barbecue“ dazu Crinkel Wedges und Cole Slaw (S)	Alaska Seelachsfilet auf Rieslingkraut mit Kartoffeln (F) Cajun Chicken Pasta mit einem Salat (G)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung
Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Laura Schlegel, Jannis Lülff u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Dennis Evers (de), Karsten Finke (fik), Martin Niewendick (Mnd), Carsten Marc Pfeffer (CMP), Michael Reiners (mr), Chantal Stauder (Chs)
V.i.S.d.P.: Karsten Finke (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de